



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

BAT: Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und die Stadt Bayreuth zielführend unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die schnelle und umfassende Präsenz der Staatsregierung am 15. Juli 2016 in Bayreuth bei der gemeinsamen Besprechung der bei British American Tobacco (BAT) eingetretenen Situation mit der Geschäftsleitung, örtlichen Bundes- und Landtagsabgeordneten, der Agentur für Arbeit sowie der Gewerkschaftsvertretung.

Der Landtag anerkennt auch die bereits eingeleitete, kompetente Beratung durch die Agentur für Arbeit.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit allen zuständigen Stellen – einschließlich der Agentur für Arbeit – die von der angekündigten Standortreduzierung der BAT in Bayreuth betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dahingehend zu unterstützen, dass umfassende Beratung und Hilfe zur schnellstmöglichen Weiterbeschäftigung im regulären Arbeitsmarkt erfolgen kann und
2. für die Stadt Bayreuth und die umliegende, betroffene Region schnellstmöglich ein umfassendes Konzept zur strukturellen Hilfe zu entwickeln, um im Ergebnis Stadt und Region durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze bestmöglich zu unterstützen.

Begründung:

Der angekündigte Abbau von nahezu 1.000 von insgesamt ca. 1.450 Arbeitsplätzen der Firma British American Tobacco (BAT) am Standort Bayreuth ist von allen Seiten übereinstimmend als „schwerer Schlag“ für die Stadt und das Umland in Bayreuth bezeichnet worden. Neben dem Wegfall der Arbeitsplätze fällt mit dem größtenteils erfolgenden Abzug des Unternehmens auch einer der größten Gewerbesteuerzahler für die Stadt Bayreuth weg.

Notwendig sind nun vor allem folgende Maßnahmen:

- Unterstützung der betroffenen Mitarbeiter, z.B. durch eine Transfergesellschaft, Weiterqualifizierungsangebote sowie das weitere Instrumentarium der Arbeits- und Sozialverwaltung
- Landespolitische Strukturhilfen zum Aufbau neuer Arbeitsplätze, z.B. durch Anreize für die Ansiedlung neuer Betriebe, eine stärkere Beachtung der Region bei der Behördenverlagerung oder die Ansiedlung weiterer Forschungseinrichtungen

Ergänzend ist eine Unterstützung des Kommunalhaushalts der Stadt Bayreuth zu prüfen.

Dies sind auch originäre Aufgaben des Freistaates Bayern zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Staatsgebiet.